

# SPD

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

# Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

II/69

Hannover, 26. August 1947  
Telefon 20951/52

## Die vertagte Sozialisierung

=====

### Eine Entscheidung gegen die deutsche Arbeiterschaft

1. Bis vor kurzem war es noch vollkommen offen, ob die Bedingungen des Marshall-Planes eine Sozialisierung in Deutschland ausschliessen sollten. Der Vorschlag des amerikanischen Ausserministers sah vor allem eine Selbsthilfe Europas vor, wobei weder daran gedacht war, in die wirtschaftspolitische Struktur der Länder einzugreifen, noch Deutschland aus dem Plan herauszunehmen. Von der überwiegenden Mehrheit Hessens ist im vorigen Jahr die Sozialisierung der Schlüsselindustrien verlangt worden und selbst im Landtag Nordrhein-Westfalen wurde eine Entschliessung angenommen, nach der "für die Kohlenwirtschaft eine gemeinwirtschaftliche Ordnung herbeiführt werden soll, damit verhindert wird, dass unkontrollierbare Privatinteressen auf die Kohlenwirtschaft in unheilvoller Weise Einfluss nehmen."

Diese auf einwandfrei demokratische Weise zustande gekommenen Willensäusserungen weiterer Kreise der arbeitenden deutschen Bevölkerung wurden in kürzlichen Erklärungen des amerikanischen Generals Clay ignoriert. Er besagte, die Deutschen sollten irgendwelche Experimente mit einer Verstaatlichung vermeiden, es wäre besser, in der gegenwärtigen Zeit neue und unversuchte Methoden nicht anzuwenden.

Marshall andererseits erklärte letzthin in Rio: "Wir wollen, dass die Bevölkerung eines jeden Landes die Freiheit hat, sich die Form der Regierung und der wirtschaftlichen Organisation zu wählen, die sie für richtig hält." Belgien, Frankreich, Skandinavien, England und Italien - der grössere Teil der europäischen Länder steht einer sozialisierten Wirtschaft sehr nahe. Es ist nicht anzunehmen, dass der Kongress als Voraussetzung seiner Hilfsmassnahmen verlangt, diese Länder sollten zur freien un gelenkten Wirtschaft zurückkehren. Merkwürdig aber wäre es, wenn in Deutschland die Sozialisierung von jenen verhindert würde, die ausdrücklich für die Freiheit der Entscheidung eintreten. Clay bestritt bei dieser Gelegenheit übrigens, dass amerikanische Konzerne sich um deutsche Monopole bemühten und fügte hinzu, es sei amerikanischen Gesellschaften nicht einmal gestattet, in Deutschland Kapital anzulegen. Wenn dem so ist, dann bleibt unverständlich, weshalb die Sozialisierung in Deutschland unterbunden werden soll.

Es ist jetzt üblich geworden zu behaupten, die Erfahrungen in England und Frankreich während der letzten zwei Jahre hätten bewiesen, daß die Sozialisierung der Grundindustrien nicht zu einer Produktionssteigerung führe, während andererseits der Aufschwung der amerikanischen Wirtschaft die Richtigkeit der kapitalistischen Auffassung unterstreiche. Bei dieser Auslegung wird übersehen, daß sämtliche Länder ärmer aus diesem Kriege hervorgegangen sind, während Amerika an Reichtum und Macht zunahm. Allein in dieser Tatsache liegt die Erklärung für die erwähnte Entscheidung.

Sofern die Annahme, amerikanisches Kapital wolle sich an der Armut Deutschlands bereichern, nicht zutrifft, bleibt noch möglich, die Männer der amerikanischen Militärregierung verwechselten den echten Sozialismus mit der Wirtschaftsform eines totalitären Staates. In Deutschland ist der Sozialismus der Sozialdemokratie untrennbar mit der Demokratie verbunden, im übrigen bedeutet sie nichts anderes als die Befreiung der Wirtschaft von der Herrschaft einer Klasse, deren Mitwirkung an der Entstehung des Krieges jetzt eben in Nürnberg untersucht und im Grunde von niemandem bestritten wird.

Die Amerikaner sind sehr sachliche Politiker. Sie werden begreifen, dass die Sozialdemokratie niemals in Deutschland einer Politik zustimmen kann, die sich gegen die Arbeiter wendet. Die Industrien der Ruhr aber werden nur dann die erwarteten Leistungen aufweisen, wenn die eigentlichen Produzenten, die Arbeiter, überzeugt sind, dass ihre berechtigten Forderungen Anerkennung finden. Eine um fünf Jahre vertagte Sozialisierung würde, wenn die Auffassung des Generals Clay sich endgültig durchsetzen sollte, auf keinen Fall zu einer Stabilisierung der Verhältnisse beitragen oder den Aufbau Deutschlands beschleunigen.  
(m/39/258/1/he)

"Karl Severing hat kürzlich in einer Landtagsitzung erklärt, dass der USA-Präsident Wilson nach 1918 seine Lebensmittellieferungen von der Aufgabe der deutschen Sozialisierungspläne abhängig gemacht habe. Die Sozialisierung unterblieb. Übrig blieben lediglich umfangreiche Denkschriften der Sozialisierungskommission und der sich zum Bündnis mit Adolf Hitler entwickelnde deutsche Monopolkapitalismus. Auch heute hört man die Formel: verschiebt eure Sozialisierung um fünf Jahre. Aber welche ökonomische und politische Kraft sich nach fünf Jahren gebildet haben wird, das sagt man uns nicht. Wir aber wissen, dass eine solche Politik es unmöglich macht, dem Volke die Produktion zu geben, da die alten Mächte dann fest im Sattel sitzen und ein neuer Faschismus, er mag sich einen ganz anderen Namen beilegen, das Volk in erneutes Elend führen würde."

Rudolf Agricola  
in der "Rhein-Neckar-Zeitung"

Befehl 201

Die Nazis und die Ostzone  
(Von unserem ständigen Berliner Mitarbeiter)

Es werden einige Hunderttausende, wenn nicht Millionen von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern sein, die sich nach dem überraschenden Befehl von Marschall Sokolowski innerhalb der nächsten drei Monate in der Sowjetzone gleichberechtigt fühlen dürfen. Endet damit in der Ostzone jenes schwierigste innerdeutsche Nachkriegskapitel: das Problem der Entnazifizierung? Natürlich knüpfen sich an diese generelle Massnahme Bedingungen, die sich aus der Einheitsstruktur der Ostzone ergeben.

Die Welt weiss, dass in der Ostzone hinter dem Scheinparlamentarismus der drei Parteien allein die KPD (als SED) als an die Besatzungsmacht angelehnte Staatspartei Ablauf und Entwicklung der Dinge in der Hand hält. In ihr haben seit langem auch NSDAP-Mitglieder Unterkunft gefunden, wenn sie nur bereit waren, sich der totalitären Linie der SED zu verpflichten. Die politische Belastung hat in der Ostzone nie eine Rolle gespielt, wenn es sich um Spezialisten oder berufsmässige Propagandisten handelte, die bereit waren, ihre Fähigkeiten auch der neuen Fahne zur Verfügung zu stellen. Andererseits aber haben sich die Tore von Konzentrationslagern nicht nur hinter wirklichen Naziverbrechern, sondern auch hinter denen in der Ostzone undurchdringlich geschlossen, die sich aufrecht gegen eine neue Vergewaltigung der demokratischen Freiheiten einsetzten.

Von ihnen, von den Sozialdemokraten insbesondere, die ihre Opposition gegen die Zwangsverschmelzung mit der KPD nicht verschweigen wollten, ist in diesem grosszügigen Befehl der Ostzone nicht die Rede. Diese Ungleichheit des Rechts macht die russische Massnahme, die einen Schlussstrich unter das komplizierte System der politischen Säuberung setzen will, äusserst fragwürdig. Dabei steht ausser aller Frage, dass das Problem der kleinen Nazis, wie es bisher in den verschiedensten Spruch- und Entnazifizierungsverfahren gehandhabt und immer peinlicher kompliziert worden ist, einer Generallösung bedurfte. Es gibt wohl kein Verfahren, das heute - sehr verschieden voneinander in den Zonen und auch dort noch immer nach örtlichem Geschmack variiert - jemanden in Deutschland oder bei den Besatzungsmächten befriedigte. Diejenigen, die heute damit befasst sind, in Kommissionen und Spruchkammern das Recht dieser Frage zu finden, sind selber Menschen und vielen Zufälligkeiten der Beisitzstücke und Unwägbarkeiten der Gesinnung ausgesetzt. Dass also gegenüber dem individuellen Verfahren der Entnazifizierung, das zudem für viele Jahre einen riesigen Apparat von Menschen vollständig aufbraucht und überbiert, die generelle Lösung des Problems der grossen Nazimasse immer mehr als die ultima ratio ersehnt würde, liegt auf der Hand.

Wenn eine solche Massnahme als Verfahren über alle Zonen von allen Besatzungsmächten gleicherweise in Szene gesetzt worden wäre, hätte - wenn auch sehr spät und in vielem wohl zu spät - sie noch eine grosse psychologische Wirkung haben können und müssen. Jetzt aber erscheint sie im Zwielflicht der propagandistischen Notwendigkeiten, die der Ostzone für Gesamtdeutschland eine grössere Anziehungskraft verleihen sollen. Diese absichtliche propagandistische Wirkung liegt allzu deutlich zutage, sie

wird ausserdem durch die Hamburger Entschliessung von Vertretern aller Parteien weitgehend aufgehoben.

Offenbar hat man in der Ostzone aus dem begreiflichen Grunde zahlreicher psychologischer Fehlschläge das dringende Bedürfnis nach einem durchschlagenden Stimmungserfolg gehabt. Ob er erreicht werden wird, wird diesmal in besonders ausgesprochenem Masse von der Durchführung der Massnahmen im einzelnen abhängen. Und es ist begreiflich, dass die Skepsis auch hier die beherrschende Grundstimmung in der Bevölkerung ist, wenn man in die Kluft denkt, die in der Ostzone noch weit stärker als in anderen Teilen Deutschlands zwischen Theorie und Praxis klafft. (b/B3a/258/1/he)

### Der Friede mit Japan

#### Zum Konferenzbeginn in Canberra

P.R. Die Frage eines Friedensvertrages mit Japan ist das Thema einer Konferenz der Mitgliedstaaten des britischen Commonwealth in der australischen Hauptstadt Canberra. Sie dient einer Art erster Klärung innerhalb der britischen Völkerfamilie und sie erscheint notwendig, weil man weiss, dass der amerikanische Standpunkt, vertreten durch den mit ganz besonderer Autorität ausgestatteten MacArthur besonderes Gewicht hat. Neben diesen beiden Einstellungen, der britischen und der nordamerikanischen, gibt es als dritte die russische.

Die treibende Kraft auf der Seite der Commonwealth-Staaten ist das australische Misstrauen gegenüber einem wiedererstarkenden Japan. Australien und Neuseeland waren durch Japan aufs Schwerste bedroht. Man hat dort eine besonders lebendige Vorstellung von der Leistungsfähigkeit dieses dynamischen und intelligenten Volkes. Der Versicherung MacArthurs, Japan würde in den nächsten hundert Jahren ausserstande sein, einen Krieg zu führen, begegnet man skeptisch. Vor allem fürchtet man eine wirtschaftliche Wiedererstarkung, und das gilt auch für Frankreich und Holland. Australien speziell ist in Sorge vor einem gefährlichen Druck des japanischen Bevölkerungszuwachses, der vermutlich umso stärker werden wird, als Japan nach den Potsdamer Beschlüssen auf die vier Hauptinseln beschränkt bleiben soll. Man ist auch unangenehm von der Möglichkeit berührt, dass die USA ihre in den vergangenen zwei Jahren errungene wirtschaftliche und machtpolitische Monopolstellung in Japan verewigen wollen.

MacArthur hat eine Politik getrieben, die darauf abgestellt ist, Japan zwar vollkommen zu entwaffnen, ihn aber wirtschaftlich durchaus Chancen zu geben, weit über das Mass hinaus, das man bisher Deutschland gewährt hat. Der Vorteil Japans liegt darin, dass diese vernünftige amerikanische Einsicht durch die Tatsache unterstützt wird, dass in Japan keine russische Besatzungsmacht mitzutreden hat und der Kurs der Besatzungspolitik trotz dem Bestehen eines Alliierten Rates einheitlich geführt werden kann. MacArthur hat den Japanern eine Industrie gelassen, die fähig ist, nicht nur einen bescheidenen Verbrauch des Landes an Konsumgütern einigermaßen zu befriedigen, sondern die auch in der Lage ist, genügend zu exportieren, um einen gewissen zusätzlichen japanischen Bedarf an Lebensmitteln und solchen Dingen kaufen zu können, die nicht im Lande erzeugt werden.

So hat heute bereits die japanische Textilindustrie trotz heftigen Einspruches ausländischer Konkurrenz - auch der amerikanischen! - in weiten asiatischen Absatzgebieten wieder Fuss fassen können. MacArthur genehmigte auch zwei japanische Walfangexpeditionen, um dem Fettmangel des Landes abzuhelfen. Natürlich ist die Wirtschaftslage in Japan immer noch katastrophal schlecht. Aber die Japaner sehen doch einen einheitlichen und vernünftigen Kurs und auch erste Anfangserfolge dieses Bemühens. Das ist entscheidend wichtig. Ohne Zweifel hofft MacArthur, die Japaner immer stärker auf den weltpolitischen Kurs der USA festlegen zu können und die amerikanische Öffentlichkeit sieht in Japan ein anti-kommunistisches Bollwerk, die für die fernöstliche Position Amerikas von grosser Bedeutung ist.

Den dritten Faktor bildet Russland. Molotow wünscht die Übertragung der Friedensregelung mit Japan an die Grossmächte, so wie er es in Europa im Hinblick auf Deutschland getan hat. Washington und London lehnen das ab. In Japan ist die russische Position ziemlich schwach. Russland unterhält, wie gesagt, dort keine Truppen, kann also seinen Forderungen weniger Nachdruck verleihen als etwa in Deutschland oder Österreich. Aus Washington ist bereits darauf hingewiesen worden, dass Russland mit Japan praktisch nur sechs Tage im Kriege war und sich deshalb in der Friedensfrage vor allem nach der Ansicht solcher Staaten mit zu richten habe, die jahrelang schwarze Opfer im Kampf gegen Japan gebracht haben. Andernfalls werde die Regelung ohne Hinzuziehung Russlands erfolgen.

Sicher ist die Lage Japans im Vergleich zu <sup>der</sup> Deutschlands hoffnungsvoller. Es ist heute praktisch nur von einer Macht besetzt, die die stärkste der Welt ist. Sie hat ein begriffliches Interesse daran, Japan in die eigene Machtsphäre einzubeziehen und ihm später, auch die Hilfe eines politischen und wirtschaftlichen Bundesgenossen zukommen zu lassen. Japan verfügt über eine einheitliche Regierung, über ein Landesparlament und das Gefüge seines staatlichen Lebens besteht weiter. Das ist eine Folge der Tatsache, dass die massgebenden Männer in Japan zur Zeit des Zusammenbruchs einen Rest von Verantwortungsbewusstsein gegenüber ihrem eigenen Volk besaßen und nicht wie ihre deutschen Gegenspieler als Amokläufer endeten. Und auch davon, dass die Männer, die ihnen folgten, praktischen Sinn für das Nächstliegende und Mögliche zeigten.

(m/1/258/1/he)

#### Zensur für die Messebesucher

Von einer nicht gerade erfreulichen Einrichtung für die ausländischen Besucher der Exportmesse in Hannover berichtet die "New York Herald Tribune". Im Transit Camp 125, in dem die ausländischen Besucher während der Messe untergebracht werden, ist, wie das Blatt meldet, an mehreren Stellen eine Anweisung der britischen Militärregierung angeschlagen, durch die die ausländischen Käufer und Journalisten verpflichtet werden, vor dem Verlassen Deutschlands ihre sämtlichen Papiere der Zensur vorzulegen. Zensurpflichtig sind nicht nur sämtliche Privatpapiere, sondern auch alle mitgeführten Zeitungen, Bücher, Filme, Grammophonplatten, Karten, Pläne, Zeichnungen etc. Etwas ironisch bemerkt der Korrespondent dazu, dass die ausländischen Käufer, die Hannover am Abend des 22. August mit dem Zug in Richtung Hook van Holland verlässt haben, sich ausserstande sahen, der Anordnung Folge zu leisten, da das Büro, an das sie verwiesen worden waren, bereits um 5 Uhr nachmittags geschlossen worden war. (m/B65/1/268/he)

### Kommunisten in Österreichs Verwaltung

Wie in Ungarn, Rumänien, Bulgarien sind jetzt die Russen auch in Österreich dazu übergegangen, wichtige Positionen in der Staatsverwaltung mit von ihnen besonders geschulten Kommunisten zu besetzen. Offenbar wollen sich die Russen auch in Österreich eine Rückendeckung schaffen, wenn eines Tages die Besatzungstruppen zurückgezogen werden. Auf russische Anweisung sind nicht nur vier kommunistische Bürgermeister und Landräte, die vor zwei Jahren von ihnen eingesetzt worden waren, im Amt geblieben, obwohl sie bei den letzten Wahlen nicht einmal 1% Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnten. Neucrdings sind diesen russischen Günstlingen, die gerade die wichtigsten Zentren in den ländlichen Bezirken der russischen Besatzungszone in Österreich kontrollieren, auch noch Zivilbeamte österreichischer Nationalität zugeteilt worden, die soeben eine zweijährige politische Schulung unter russischer Ägide beendet haben. Sie treten zumeist an die Stelle russischer Offiziere, wie die "New York Herald Tribune" berichtet. All diese Umbesetzungen sind in den letzten zwei Wochen erfolgt. (m/B64/268/1/he)

### "Heil Hitler" in englischen Strassen

In England macht sich in letzter Zeit eine starke antisemitische Welle bemerkbar, die nicht nur zu Ausschreitungen und Plünderungen jüdischer Geschäfte in verschiedenen Städten Lancshires, sondern jetzt auch zu schweren Zusammenstößen geführt hat, bei der radaulustige Faschisten und Judenfresser auch Frauen und Kinder niederschlugen. Bei der Sprengung einer Kundgebung der Britischen Liga ehemaliger Frontkämpfer in Stoke Newington kam es zu Handgreiflichkeiten, die sich auf der Strasse fortsetzten und in deren Verlauf auch "Heil Hitler"-Rufe laut wurden. Die "News Chronicle" bemerkt dazu mit Recht, dass man darin ein gefährliches erstes Symptom erblicken müsse, das höchste Aufmerksamkeit erfordere. Der Faschismus und sein unzertrennlicher Handlanger, der Antisemitismus, wachse und blühe stets in Zeiten politischer Unsicherheit und wirtschaftlicher Not. Es sei daher notwendig, auf der Hut zu sein. (m/B64/268/1/he)

### Frankreich und die Bi-Zone

(Eig. Bericht.) Mainz, 27. August

Die Beteiligung Frankreichs an der amerikanisch-englischen Doppelzone wird gegenwärtig in allen interessierten Kreisen besonders Südwestdeutschlands lebhaft besprochen. Vor allem werden gewisse Umorganisationen in der französischen Militärverwaltung mit dieser Möglichkeit in Zusammenhang gebracht. So wurden eine ganze Reihe von Kontrolldienststellen der Militärregierung von Baden-Baden nach Mainz verlegt, wo annähernd viertausend Arbeiter zusammengezogen worden sind und wohin auch ein grosser Teil des Baumaterials der französischen Zone zu einem bevorzugten Aufbauprogramm geleitet worden ist. Von gutunterrichteter Seite wird erklärt, dass zwar gewisse Dienststellen der Militärregierung in der französischen Zone dezentralisiert werden sollen, gleichzeitig aber betont, dass Baden-Baden Hauptplatz bleiben werde. Nach "New York Herald Tribune" ist zunächst mit einer begrenzten Zusammenarbeit mit den Franzosen zu rechnen, eine endgültige Entscheidung über die künftige gemeinsame Zone werde erst nach der Londoner November-Konferenz fallen. (the/B52/258/1) - - -

### Berlin im Feuer

Aus Berlin schrieb Friedrich Stampfer, vor 1933 Chefredakteur des sozialdemokratischen "Vorwärts" und seit langen Jahren in gleicher Eigenschaft bei der "Neuen Volkszeitung" in New York, kürzlich dieser Zeitung einen Artikel unter der Überschrift "Berlin im Feuer", der an die verweigerte Bestätigung Reuters zum Berliner Oberbürgermeister anknüpft. Darin finden sich die folgenden bemerkenswerten Sätze:

Paktmässig ist Berlin ein vierfaches militärisches Kondominium. Russland stellt nur ein Viertel der Macht dar, die über die einstige Reichshauptstadt gesetzt ist. Für die Berliner bildet sich aber mehr und mehr die Vorstellung aus, dass ihre Stadt tatsächlich ein Bestandteil der östlichen Machtsphäre geworden ist, und sie sehen in den westlichen Bestandteilen der Besatzungsmacht nur noch Dekorationen, die bei der nächsten Gelegenheit herunterfallen werden.

Es gibt natürlich auch Berliner mit politisch reifem Urteil, die das Problem klar sehen. Die Westmächte sind vom letzten Kriege her, der formalrechtlich noch nicht beendet ist, Verbündete einer totalitären Macht, die eine Todfeindin der Demokratie ist. Vorkämpfer für die Demokratie in Deutschland, die sie sein wollen, sind sie zugleich Verbündete in einem Kampf gegen die deutsche Demokratie. Dass die Bereinigung dieses Widerspruchs, die Loslösung aus dieser Zwitterstellung Zeit fordert und ohne sonderbare Verrenkungen nicht möglich ist, sieht der politische Denker ein. Aber, wenn die Berliner auch helle sind, so sind sie doch nicht alle politische Denker, die für komplizierte taktische Manöver Verständnis haben. Da könnte nur das Vertrauen helfen, dass es den Westmächten mit ihrem Kampf um die Demokratie ernst ist, und da muss leider festgestellt werden, dass dieses Vertrauen vollständig fehlt. Die Berliner sind felsenfest davon überzeugt, dass sie bessere Demokraten sind als die Generale, die sie jetzt regieren, und dass sie im Kampf für die Demokratie hundertmal mehr geopfert haben und heute noch hundertmal mehr riskieren als jene. Wenn sie jetzt sehen, wie die Selbstverwaltung zur Karikatur, die Demokratie zu leerem Schall und Wortschwall gemacht wird und an ihre Stelle krasse militärische Willkür tritt, kann man sich nur wundern, wenn bei ihnen auch das letzte Vertrauen schwindet? Machtpolitiker moderner Prägung mögen achselzuckend zusehen, wie sich eine tapfere Schar in aussichtslosem Kampf für eine gute Sache verblutet. Andere werden sich lieber des schönen Wortes Thomas Jeffersons erinnern, dass alle Kunst des Regierens letzten Endes darin besteht, ehrenhaft zu sein."

### Bücherspende aus USA

In den USA ist eine Büchersammlung in Gang gekommen, die der SPD zugutekommen soll. Der Aufruf dazu hat ungeachtet der toten Saison während der Sommermonate in New York gute Erfolge gehabt. Eine erste Sendung von etwa zehntausend Bänden wird in absehbarer Zeit erwartet. Darunter befindet sich eine Sammlung sozialistischer Literatur von dreihundert Bänden, die ein sozialistischer Krankenkassenbeamter in 25 Jahren erworben hat und die dieser Sammler unter der Bedingung zur Verfügung gestellt hat, dass sie geschlossen der Bibliothek des Parteivorstandes der SPD eingegliedert wird. Die Sammlungsaktion soll fortgesetzt werden. Sie ist für Bibliotheken bestimmt.

Verantwortlich: Peter Raunau